

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BIG 828 00)

BERLINER EXTRA DIENST

14. September 1968 - 74/11
Einzelpreis DM 0.75

SEITE 3: POLNISCHER ZEUGE BEZICHTIGT WESTBERLINER SENATSPRÄSIDENT UND
TU-PROFESSOR DES MORDES

WEITERE MATERIALIEN ZUR CSSR-FRAGE:

SEITE 7: WESTBERLINER SED WIRFT DER APO OPPORTUNISMUS VOR

SEITE 8: EIN KOMMUNIST VERURTEILT DIE INTERVENTION



EIN BILD, DAS DIE WESTLICHE PRESSE NICHT VERÖFFENTLICHTE (SIEHE SEITE 1)

Am 23. August 1968 versandte die DDR-Nachrichtenagentur Zentralbild dieses Foto. Es zeigt amerikanische Soldaten, die sich irgendwo in Vietnam mit den abgeschlagenen Köpfen vietnamesischer Soldaten fotografieren ließen. Es ist uns nicht bekannt, ob die abgebildeten Ranger auch die Mörder sind. Es wäre schon schlimm genug, wenn sie sich auch als Nicht-Verantwortliche für den Mord mit den Opfern fotografieren ließen, wie Großwildjäger mit ihrer Beute. Das tumben Grinsen eines der Abgebildeten spricht sowohl für die eine wie die andere Annahme. - Das Foto wurde von der Vietnamesischen Nachrichtenagentur verbreitet, die es offenbar aus dem Besitz eines gefallenen oder gefangenen US-Soldaten hat. - Im Westen wurde dieses Bild nur von der SED-Zeitung "Die Wahrheit" publiziert. Offenbar war die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR willkommener Anlaß, das brutale Geschehen in Vietnam zu verdrängen.

SCHWEDEN: SOZIALDEMOKRATEN SPENDEN FÜR FNL

Während in der sozialdemokratisch regierten Stadt Westberlin die politisierende Staatsanwaltschaft über 75 000 DM gespendeter Gelder für die Südvietnamesische Befreiungsfront beschlagnahmte, spendete der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Schwedens 25 000 Kronen (ca. 18 000 DM) für die Einrichtung eines Verbindungsbüros der Befreiungsfront in Stockholm. Das Büro wird Ende September seine Arbeit aufnehmen. - Westberliner können nach der Beschlagnahme der Vietnam-Spenden bis zur Neueröffnung eines Kontos direkt per Auslandszahlkarte Geld nach Schweden schicken. Die Anschrift und das Konto: "Vietnaminsamlingen till förman för Sydvietnams Nationella Befrielsefront, Stockholm K, Postgirokonto 40 04 99".

STRAUSS-BUCH: IN ITALIEN ALS FASCHISTISCHE THEORIE PUBLIZIERT

Das Glaubensbekenntnis des CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Franz Josef Strauss, "Entwurf für Europa", wird in Italien bezeichnenderweise innerhalb einer theoretischen Buchreihe des offiziösen Verlegers der italienischen Neofaschisten, Giovanni Volpe Editore, publiziert. Neben Strauß sind Autoren dieser Reihe u. a. der französische Faschist Maurice Bardeche, der italienische Rassist Julius Evola und der ehemalige faschistische Finanzminister Italiens, de Stefani.

AFFÄRE SCHMUCKER: WIEDER EIN GEWERKSCHAFTER ENTLASSEN

Die Affäre um das Großhandels-Unternehmen "Metro" und deren Geschäftsführer Justus Schmucker (Vorstandsmitglied der Westberliner FDP) zieht weitere Kreise: Einen Tag nach Erscheinen des EXTRA-Reports in der letzten Nummer wurde ein schwerbeschädigter Gewerkschafter, peinlicherweise auch noch FDP-Mitglied, von Schmucker unter einem Vorwand entlassen. Er bekam Hausverbot für die "Metro". Der Gewerkschafter hatte die DAG um Unterstützung bei dem Vorhaben, in der "Metro" endlich einen Betriebsrat zu bilden, gebeten. Er gehört zu den fünf Arbeitnehmern des Betriebes, die laut Auskunft der DAG bereit seien, einen Wahlausschuß zu bilden und für den Betriebsrat zu kandidieren. Wie der "Telegraf" berichtet, will DAG-Chef Gießner in den nächsten Tagen mit Schmucker zusammentreffen, um über die Zustände in der Firma, die 275 Arbeiter und Angestellte in Westberlin beschäftigt, zu reden. Wie Gießner erklärt, habe bereits im Spätsommer vergangenen Jahres eine Protestkundgebung der DAG in den

=====

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

SONNABEND, 14. September, 20 Uhr: Der Schriftsteller Erich Fried aus London zum Thema "Anmerkungen zu Verhaltensmustern zwischen progressiver Intelligenz und Arbeiterklasse".

MITTWOCH, 18. September, 20 Uhr: Manfred Bissinger vom Hamburger "stern", soeben aus Prag zurück, spricht zum Thema "Revolution oder Konterrevolution in der CSSR?"

Räumen der "Metro" stattgefunden: Schmucker hatte die Gewerkschafter damals vom Platz gewiesen. Auf den Verdacht der Korruption bei den zuständigen Ämtern des Bezirksamtes und der Polizei sowie bei der DGB-Führung durch die "Metro"-Geschäftsführung ging der "Telegraf" nicht ein. EXTRA-Dienst hält sein Angebot aufrecht, die Kunden-Nummern, unter denen die verantwortlichen Beamten bei der "Metro" geführt werden, den vorgesetzten Behörden anzugeben.

STUDENTEN: SENAT GREIFT AUTONOMIE AN

Heftige Kritik in der Studentenschaft hat der Reformvorschlag für die Hochschulen Westberlins ausgelöst, den Kultursenator Stein auf einer Pressekonferenz vorlegte. Der Reformvorschlag legt den Rahmen von Reformen für alle Hochschulen fest und schränkt damit eigenständige, weitergehende Reformvorschläge, wie sie beispielsweise am Otto-Suhr-Institut angenommen wurden, ein. Offenbar nimmt der Westberliner Senat die Weigerung konservativer Kreise des Akademischen Senats der FU, demokratische Reformen durchzuführen, zum Anlaß, Kompetenzen dieses Gremiums selbst zu übernehmen, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme des AStA der FU und der Studentenvertretung der TU. Und weiter: "Wäre dem Berliner Senat an einer grundlegenden Demokratisierung der Hochschulen gelegen, würde er den betroffenen Instituten bei der Verwirklichung ihrer Reformen völlige Freiheit lassen, anstatt die Autonomie der Universität weiter anzugreifen."

APO-FLUGBLÄTTER: VERTEILUNG IM GERICHT VON AMTS WEGEN

Der Präsident des Westberliner Amtsgerichts, Dr. Münn, verbreitet in seiner Behörde Flugblätter der Außerparlamentarischen Opposition "von Amts wegen". Mit einem Rundschreiben vom 3. September an alle Amtsgerichtsdirektoren versandte Dr. Münn ein Flugblatt des Rechtshilfe- und Ermittlungsausschusses der Außerparlamentarischen Opposition: "Betrifft: Störversuche; hier: Verhaltensweise von Demonstranten gegenüber Justizorganen". Er spricht die Bitte um Kenntnisnahme aus, "da sich das Flugblatt u. a. über das zweckmäßige Verhalten der Demonstranten vor Gericht, insbesondere auch über Störungen der Gerichtsverhandlungen verhält" (Originaldeutsch des Amtsgerichtspräsidenten).

NEUE NATIONALGALERIE: APO WILL ZUR ERÖFFNUNG KOMMEN

Die Projektgruppe "Kunst und Revolution" innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition plant zur Eröffnung der neuen Nationalgalerie im Tiergarten am Sonntag, 11 Uhr, eine Flugblattaktion, die das neue Museum als "undemokratische, exklusive Einrichtung mit propagandistischer Zielgebung" bezeichnet. Das Problem der Nationalgalerie, die "Funktion des Museums in der kapitalistischen Gesellschaft" wird auch in einer Broschüre dieser Gruppe dargestellt. Sie ist bei Jobst Meyer, Berlin 12, Hardenbergstraße 9, zu beziehen.

WASHINGTON POST: JEDER FÜNFTE POLIZIST IST VERRÜCKT

Nach einem Bericht der "Washington Post" hat ein Team von Psychologen und Psychiatern festgestellt, daß jeder fünfte Polizei-Anwärter im medizinischen Sinne geisteskrank ist. Das Team machte seine Studien in Chikago, wo sich in den vergangenen Wochen durch exzessiven Polizei-Terror während des Parteikongresses der Demokraten die Untersuchungsergebnisse auch in der Praxis bestätigten. Die Studie des Teams besagt, daß eine "steigende Zahl von Polizisten an akuter Paranoia" leidet: "Da ist etwas in der Macht der Polizei, das eine spezielle Art von Menschen anzieht", erklärte Dr. Arnold Abrams, Mitglied dieses Teams. "Es gibt ihnen eine Möglichkeit, Sadismus zu verstärken und all das, was im Menschen krank ist." Dr. Clifton Rhead, Leiter der Studiengruppe, erklärte, daß Polizei-Kandidaten "aggressiv sind, bereit, impulsiv zu handeln, hochgradig mißtrauisch und jeglicher Autorität gegenüber bedingungslos unterwürfig. Sie haben einen ausgeprägten Sinn dafür, was sie für richtig oder falsch halten und eine Neigung zur Selbstgerechtigkeit. Sie müssen all diese Eigenschaften haben, um ihren Polizeidienst effektiv zu machen. Stellen Sie sich diese Art von Leuten in einer Situation wie in den

letzten Nächten in Chikago vor und es ist nicht weiter erstaunlich, daß sie so handeln, wie sie handeln. Ich nehme an, daß jeder Polizist der vollen Überzeugung ist, er habe seine Pflicht erfüllt." In dem Artikel der "Washington Post" wird festgestellt, daß weder Dr. Rhead noch Dr. Abrams die Schuld dem einzelnen Polizisten geben. "Solche Dinge können nicht passieren ohne die Billigung von Leuten in hohen Positionen."

SPRINGERS BILD: QUITTUNG FÜR BRENNER

Die "Bild"-Zeitung hat ein vom Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, zu den Ereignissen in der CSSR erbetenes und erhaltenes Interview nicht gebracht. Eine Erklärung oder Entschuldigung für die Unterdrückung wurde nicht gegeben. Die IG Metall teilt dazu mit, daß "offenbar die Formulierungen Brenners der Bild-Zeitung nicht ins Konzept paßten". Als Motivierung für die ungewöhnliche Tatsache, daß Brenner der gewerkschaftsfeindlichen "Bild"-Zeitung ein Interview gab, nennt die IG Metall: "Mit ihren zehn Millionen Lesern, vor allem unter Arbeitnehmern, ist die 'Bild'-Zeitung trotzdem ein Faktor, den man nicht übersehen kann."

BAYERN: KOORDINIERUNG DER RCs

Der Republikanische Club Augsburg plant eine Koordinierungstagung aller Republikanischen Clubs in Bayern (Augsburg, München, Nürnberg, Erlangen, Lindau, Ulm). Das Treffen soll dem Erfahrungsaustausch und der Arbeitskoordination dienen. Als Termin ist November in Aussicht genommen.

MÜNCHEN: KÜNSTLER-KOOPERATIVE GEGRÜNDET

Vierzig Maler, Schriftsteller und bildende Künstler in München haben sich zu einer Künstler-Kooperative zusammengeschlossen. Drei Arbeitskreise (Agitation, Ästhetik und Politik, Soziale Belange der Künstler) wurden gegründet. Eine Aktionsgruppe will sich mit Dia-Serien, Tonbildschauen, Reportagen und Dokumentationen befassen. Kontakttelefon H. J. Grollmann, München 0811/79 52 76.

GEGENAUSSTELLUNG: "ROLL OVER MONDRIAN"

Am kommenden Sonntag, 15 Uhr, eröffnet die neue Nationalgalerie Westberlins mit einer Sonderausstellung der Werke von Mondrian. Die Galerie Andre in der Steglitzer Kellerstraße 1 antwortet darauf am darauffolgenden Montag, 16. September, mit einer Gegenausstellung "Roll over Mondrian" von Alfred Hrdlicka. Hrdlicka setzt sich - so schreibt die Galerie Andre - "in seinen Graphizyklen mit der Kunsttheorie Mondrians auseinander, indem er mit brutaler Offenheit die Disharmonien, Leiden und Leidenschaften dieser Welt den kontemplativen Harmonisierungsvorstellungen Mondrians entgegenstellt." Die Galerie (Eröffnung im Beisein Hrdlickas Montag 18 Uhr) ist jeweils von 16 bis 19 Uhr geöffnet.

PERSONALIEN

CHRISTIAN ANDERS, Schlagersänger ("Suraneika") und Textdichter (für Rita Pavone und Gilbert Becaud) stellte einen Antrag als Kriegsdienstverweigerer. Anders ist seit dem 1. 7. bei der Bundeswehr und weigerte sich am 2. 9., weiter Uniform zu tragen. Am 3. September wurde er deshalb festgenommen.

MANFRED FUCHERT, Arbeiter aus dem Westberliner Bezirk Charlottenburg, wurde vom Ermittlungsausschuß der TU als Rädelführer einer rechtsorientierten Schlägertruppe ermittelt, die anläßlich der Vietnam-Demonstration den Kommunisten Rainer Langhans zusammenschlug. Langhans wird Strafantrag stellen. Der Prozeß könnte interessant werden, weil sich der Schlägertrupp, wie Fotos beweisen, unter den Augen des CDU-Abgeordneten Wohlrabe produzierte.

SCHÜLERFILM: IN FRANKFURT BEGANNEN DIE ARBEITEN

In Frankfurt hat sich eine Projektgruppe Schülerfilm, bestehend aus Mitgliedern der AUSS, gebildet, die mit Studenten der Westberliner Filmakademie zusammenarbeitet. Zur Vorbereitung der Arbeit werden in Seminaren zunächst modellhafte 8mm-Filme her-

gestellt. Es soll dann versucht werden, Filme herzustellen, bei denen die bisherige Trennung zwischen Produzenten und Konsumenten aufgehoben wird. Die Aufgabe des Projekts wird von den Initiatoren so umrissen: "Die politische Arbeit der AUSS durch zielgerichtete Agitation zu stabilisieren und voranzutreiben. Der Schülerfilm ist nicht die Herstellung und Vorführung eines abgeschlossenen Films, sondern die einzelner Teilfilme (Kapitel), welche, zueinander in Beziehung stehend, eine langfristige Filmarbeit erst ermöglichen." Die Probleme und Konflikte der Schüler sollen analysiert und mit Hilfe der Filmarbeit überwunden werden. Auskunft erteilt die Projektgruppe Schülerfilm, c/o AUSS, 6 Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Straße 5.

REPUBLIKANISCHES CENTRUM DÜSSELDORF: RÄUME GEKÜNDIGT

Unter dem Vorwand, "ruhestörenden Lärm" verursacht zu haben, wurden dem Republikanischen Centrum in Düsseldorf die Club- und Arbeitsräume in der Golzheimer Straße zum 30. September gekündigt. Zur Einrichtung neuer Clubräume in der City sind nach Angaben des Vorstands 20 000 bis 25 000 Mark notwendig, die durch Spenden aufgebracht werden sollen (Postscheckkonto Köln 235 200, Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Kto. 27 954). Geeignete Räume mit angeschlossenem Lokal sollen direkt am Hauptbahnhof zur Verfügung stehen.

EXTRA-REPORT

DER SENATSPRÄSIDENT MIT DER MP / VON MARTIN BUCHHOLZ

"Im Monat März, den Tag weiß ich nicht mehr genau, aber das Datum steht auf der Gedenktafel im Stadtteil Zablocie, bekam ich den Auftrag, Kleie an die Bevölkerung zu verteilen. In dieser Zeit, als wir Kleie verteilten, war Landrat Hering ebenfalls in Zablocie. Hering war in seiner Uniform und hatte eine Maschinenpistole bei sich, die er schußbereit vor sich trug. Als ich den Auftrag erfüllte, ging ich in Richtung Zywiec und traf auf dem Wege Landrat Hering, der mir in Begleitung des Bürgermeisters von Zablocie entgegenkam. Ungefähr zwanzig Schritte vor mir ging ein mir bekannter Einwohner der Stadt namens Kedziorski, der vier Päckchen Waschpulver bei sich trug. Diesen Kedziorski hielt der Landrat Hering an und sprach etwas zu ihm, die Worte verstand ich nicht, danach sah ich, wie sich Kedziorski umdrehte und sich einige Schritte vom Landrat entfernte, und da sah ich genau, wie Hering die Maschinenpistole auf den Rücken von Kedziorski richtete und eine kurze Serie abfeuerte, wobei Kedziorski sofort auf die Erde fiel und nicht mehr aufstand."

Der Augenzeuge Ludwik Ozaist, der diese Aussage macht, ist heute ein alter Mann. Damals im März 1945, kurz vor der Befreiung seiner Heimatstadt Zywiec (Polen) durch die Rote Armee, war er 54 Jahre alt. Der Mann, den er des Meuchelmordes bezichtigt, war damals ein Mann von 39 Jahren. Heute liegen noch drei Jahre bis zu seiner Pensionierung vor ihm. Drei Jahre als Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht, drei Jahre als Honorarprofessor an der Technischen Universität.

Prof. Eugen (Herrmann, Max, Julius) Hering: Den Titel vor seinem Namen führt er erst seit ein paar Wochen, seit ihm das Rektorat der Technischen Universität eine Professur an der Fakultät für Bauingenieurwesen mit dem Fachgebiet Liegenschaftsrecht übertrug. Doch der Herr Professor durfte schon in der Vergangenheit manchen Ehrentitel für sich beanspruchen, auch wenn er sie heute nicht mehr auf seine Visitenkarte drucken läßt. War er zu Beginn der goldenen tausender Jahre noch bescheidener Gerichts- und Regierungsassessor, so avancierte er schon bald zum Regierungsrat. Insbesondere hatte er sich zu Beginn seiner Karriere als Vertreter des Dezernenten für "Grenzlandarbeit" in Marienwerder (Ostpreußen) verdient gemacht. Er war gleichzeitig Bearbeiter für Fragen der polnischen Minderheit und der "deutschen Volkstumsarbeit". Am 1. März 1938 wurde der "Grenzland"-Spezialist nach Rymarow (Römerstadt) in der Tschechoslowakei versetzt. Nach Hitlers Überfall auf Tschechen und Slowaken im März 1939 wurde Hering am 20. April feierlich seine Ernennungsurkunde zum Landrat überreicht. Nach dem Einfall in Polen bekam der Landrat im November 1939 einen neuen Wirkungskreis in Zywiec (Saybusch). Es gibt zahlreiche "Erinnerungsfotos" und Filme aus dieser Zeit: Bilder, die dem EXTRA-Dienst vorliegen ebenso wie zahlreiche Fotokopien von Urkunden, die He-

rings Tätigkeit belegen. Auf einem der Fotos präsentiert sich Hering hoch zu Roß in schwarzer Uniform: Er brauchte bis heute offensichtlich nicht von diesem hohen Roß abzustiegen.

Der Pferdefuß seiner Vergangenheit liegt nicht nur in seiner beruflichen Laufbahn. Diese ist mit der politischen eng gekoppelt. Ab 1. Mai 1933 ist er unter der Nummer 2594207 als Mitglied der NSDAP registriert. 1937 war er schon Kreis-Hauptstellenleiter im Kreis-kommunalamt der Nazi-Partei in Calbe (Saale). Der SS gehörte er als Sturmmann im SS-Sturm 6/59 an. Außerdem schmückt seine Personalakte (allerdings nicht mehr die jetzige) der schlichte Hinweis: "Sachbearbeiter im Rechtsreferat der 19. SS-Standarte". Daß Hering, dem in Zywiec die gesamte Polizei unterstand, auch mit der Gestapo zusammenarbeitete, beweist ein Dokument vom 9. 11. 1942 mit dem Siegel "Streng vertraulich". Darin wird Hering von der Gestapo-Außenstelle Bielitz aufgefordert, bei der Suche nach neun "führenden Funktionären der polnischen Geheimorganisation" behilflich zu sein und sie festnehmen zu lassen. In dem Gestapo-Schreiben heißt es: "Gleichzeitig bitte ich bei dem zuständigen Ernährungs- und Wirtschaftsamt die Sperrung der Lebensmittelkarten zu veranlassen."

Hering ließ es sich - zahlreichen Zeugenaussagen zufolge - nie nehmen, persönlich an "Umsiedlungsaktionen" der polnischen Zivilbevölkerung teilzunehmen. Filmberichte von diesen Aktionen in Sol und Zwardon, in Jelesnia und Sopotnia liegen in Ostberliner Archiven. Hering ist jedesmal als "Star" dabei. Der frühere Fahrer Herings, Witold Mandera, erklärte zu einer solchen Aktion: "Der Landrat weckte mich telefonisch um 4 Uhr früh mit der Aufforderung, ich möchte sofort vor seiner Wohnung vorfahren. Nach Ankunft in Jelesnia traf ich dort bereits einen Zug leerer Polizei-Lastautos. In diese Autos sollten die aus dieser Ortschaft ausgesiedelten polnischen Familien verladen werden. Die Aussiedlungsaktion leitete der SS-Stab unter Teilnahme von Polizei, die dem Landrat unterstand. Schon vorher besprach Landrat Hering mit diesem Stab die Aktion der Aussiedlung der polnischen Familien und die Ansiedlung deutscher Familien an dieser Stelle." Und Hering war auch dabei, wenn Hinrichtungen auf dem Marktplatz stattfanden. Am 2. April 1942 wurden 11 Bürger von Zywiec öffentlich gehängt, darunter auch der 16jährige Henryk Blaszcynsky, ein Bote aus Herings Landratsamt. Als eine Tante des Jungen dabei zusammenbrach, wurde sie von Herings Polizisten mit Gewehrkolben bewußtlos geschlagen. Der Landrat rief seinen Beamten zu: "Verhaftet sie." (So die Aussage der Mutter des Kindes). Eine andere Tante berichtet: "In der Nähe des Galgens spazierte Landrat Hering in Uniform. Nachdem die Verurteilten das Auto verließen, führte man sie unter den Galgen, wo man ihnen befohlen hatte, sich selbst den Strick um den Hals zu legen. Weil mein Neffe klein war, konnte er das nicht selbst tun, und der Strick wurde ihm von irgendeinem deutschen Polizisten, der selbst wie Landrat Hering in der Nähe stand, um den Hals gelegt."

Von einer "Hinrichtung", die nach Zeugenberichten von Hering selbst ausgeführt wurde, war schon zu Beginn dieses Reports mit der Aussage des Polen Ozaist die Rede. Der erschossene Kedziorski soll von Hering des Diebstahls von vier Waschpulver-Päckchen beschuldigt worden sein. Auf Befehl der deutschen Verwaltung mußte die Leiche zur Abschreckung bis zum Abend auf der Straße liegen bleiben.

Übrigens: Die meisten dieser Aussagen, der Dokumente und Fotos sind seit langem bekannt. Spätestens seit 1963, als sie in Ostberlin veröffentlicht wurden - zusammen mit Berichten und Dokumenten über die Vergangenheit zahlreicher anderer hoher Bundesrichter. Eine Gruppe der Außerparlamentarischen Opposition will in den nächsten Tagen mit einer Flugblattaktion auf jene Braun-Roben beim Verwaltungsgericht hinweisen. - Dennoch stimmt die DDR-Dokumentation aus dem Jahre 1963 in entscheidenden Punkten nicht mehr: Im Fall Eugen Hering beispielsweise wird seine Position als "Bundesrichter beim I. Senat" angegeben. Nach diesen Enthüllungen aber ist Herings Ansehen und Würde nur noch gestiegen: Inzwischen ist er Präsident des 5. Senats beim Bundesverwaltungsgericht und darf sich - siehe oben - mit Professor anreden lassen. Der SS-Rechtsexperte darf Berliner Studenten Rechtskunde vermitteln. Man darf gespannt sein, welche Konsequenzen die Technische Universität aus diesem Report ziehen wird. Die Konsequenz für das Bundesverwaltungsgericht ist uns hingegen klar: Hering wird wohl wieder mit einer Beförderung rechnen dürfen.

ERWIDERUNG DER SED WESTBERLIN AUF APO-ERKLÄRUNGEN

Der Parteivorstand der SED Westberlin hat jetzt (veröffentlicht in der Westberliner SED-Zeitung "Die Wahrheit") in einem Beitrag des Parteivorsitzenden Gerhard Danelius auf die Erklärungen von Verbänden und Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition geantwortet, die EXTRA-Dienst in den Nummern 68/II, 69/II und 70/II im Zusammenhang mit der Intervention von Warschauer-Pakt-Mächten in der CSSR publiziert hat. EXTRA-Dienst veröffentlicht aus dem Danelius-Artikel jene Passagen, die sich mit Argumenten der Außerparlamentarischen Opposition auseinandersetzen. Der Beitrag ist überschrieben mit "Eine feste Klassenposition - der einzig richtige Kompass".

"Immer wenn sich der Klassenkampf verschärft, kann man wie an einem Seismographen ablesen, ob sich eine Partei oder Gruppe revolutionär oder opportunistisch verhält. Alle klassenbewußten Arbeiter und wirklichen Revolutionäre erfüllt es mit dem Gefühl der Genugtuung und der Freude, daß im Ergebnis des ersten und zweiten Weltkrieges und des revolutionären Kampfes der Arbeiter und Werktätigen die Kapitalisten Position um Position verloren, ein ganzes System sozialistischer Staaten entstand, die nationale Befreiungsbewegung der Völker praktisch den Kolonialismus zum Einsturz brachte, und die revolutionäre Arbeiterbewegung Westeuropas an Einfluß gewann.

Daß sich dieser Prozeß der Veränderung der politischen Landschaft zugunsten des Sozialismus und zuungunsten des Kapitalismus nicht wie in einer Retorte, sondern schmerzvoll und mit großen Opfern vollzog, ändert nichts an der weltverändernden Tatsache, daß der Sozialismus stärker und der Kapitalismus schwächer wurde.

Ein wirklicher Revolutionär wird sich nicht der Illusion hingeben, daß die Kapitalisten sich mit dieser Entwicklung zufrieden geben. Im Gegenteil. Sie lassen nichts unversucht, um ihre Macht und ihren Einfluß wieder herzustellen, den Sozialismus zurückzudrängen und die Völker wieder in das Joch der kapitalistischen Ausbeutung und kolonialen Unterdrückung zu spannen. . .

Schnittpunkte scharfer Klassenauseinandersetzungen und des offenen Aufbrechens antagonistischer Widersprüche zwischen Kapitalismus und Sozialismus waren der 17. Juni 1953 mit dem Versuch der Konterrevolution, die sozialistischen Errungenschaften in der DDR zu beseitigen, - die Ereignisse in Ungarn im Jahre 1956, - die Schutzmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik am 13. August 1961, die dem westdeutschen Imperialismus einen Riegel vorschoben, - und jetzt die Ereignisse in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, wo die Konterrevolution sich darauf vorbereitete, die sozialistische Staatsmacht zu stürzen und in diesem Lande wieder kapitalistische Verhältnisse herzustellen.

Die Frage lautet also: Soll eine revolutionäre Partei oder Gruppe falschen Auffassungen oder rückständigen Stimmungen nachgeben, oder ist es nicht vielmehr ihre revolutionäre Pflicht, die Partei, die Klasse und die Massen auf richtige Klassenpositionen zu orientieren? Das wird allerdings unmöglich, wenn man nationale Besonderheiten, nationale Ansprüche und nationale Ansichten den Klasseninteressen und sozialen Fragen überordnet. Eine klassenmäßige Position ist für eine Partei, ob sie groß oder klein ist, ob sie noch über wenig oder schon über viel Einfluß verfügt, von geschichtlicher Bedeutung.

Wir spüren schon jetzt: Die klare Stellungnahme unserer Partei erleichtert unseren Mitgliedern und Freunden, der gegnerischen Argumentation konsequent entgegenzutreten und die Zusammenhänge richtig zu erläutern. Wenn einige führende Vertreter der studentischen Bewegung von uns als Preis für eine 'punktuelle Aktionseinheit' die Distanzierung von den militärischen Maßnahmen der sozialistischen Länder erwarten, so antworten wir darauf: Wir sind nicht bereit, diesen Preis zu zahlen. Warum nicht? Weil Prinzipienlosigkeit in Klassenfragen die Aktionseinheit schwächt und nicht stärkt.

Die Ursachen, die in Westberlin zu gemeinsamen Aktionen antiimperialistischer und sozialistischer Kräfte führten, wirken fort. Und die Widersprüche zwischen Volks- und Monopolinteresse werden sich weiter verschärfen. Mögen diejenigen, die uns Bedingungen stellen, selbst überlegen, wer bei einem Verzicht auf Zusammenarbeit mit der Sozial-

stischen Einheitspartei Westberlin verliert und wer gewinnt. Wir jedenfalls erneuern unsere Bereitschaft ohne Vorbedingungen, die Aktionseinheit und das Zusammenwirken aller antiimperialistischen, aller sozialistischen, aller demokratischen Kräfte voran zu bringen und zu verstärken. . .

Uns wäre es auch lieber gewesen, wenn die Werktätigen der CSSR und ihre Kommunistische Partei ohne die militärische Hilfe der Bruderländer mit der Konterrevolution fertig geworden wären. Die Tatsachen vor und nach dem 21. August bestätigen aber, daß die Gefahr des Verlustes der sozialistischen Errungenschaften und der direkten Aktion gegen die sozialistische Volksmacht riesengroß war.

Was hätten die Kritiker der militärischen Hilfe der Bruderländer erst für ein Geschrei angestimmt, wenn die Sowjetunion tatenlos zugesehen und geduldet hätte, daß die antisozialistischen und konterrevolutionären Kräfte in der CSSR den Sieg davon tragen.

Nehmen wir einmal die Argumente der Kritiker von 'links' und rechts unter die Lupe. Wenn wir die wahnwitzige Losung: 'Schafft zwei, drei und vier Vietnams' mit Entschiedenheit ablehnen, dann sind wir etablierte Bürokraten und Dogmatiker, die die weltrevolutionären Prozesse hemmen. Wenn wir die Losung: 'Alle Macht den Räten, brecht dem Schütz die Gräten' als ultralinke Losung verurteilen, dann weichen wir angeblich vor dem Establishment zurück.

Wenn die Sowjetunion bei gleichzeitiger Unterstützung des Freiheitskampfes des vietnamesischen Volkes alles tut, um die imperialistische Eskalation zurückzudrängen und den Weltfrieden zu erhalten, dann verrät sie angeblich die Interessen der Weltrevolution. Wenn die sozialistischen Länder aber ihre militärischen Machtmittel einsetzen, um die sozialistische Zukunft des tschechoslowakischen Volkes gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen, dann wird ihnen vorgeworfen, sie hätten die Tschechoslowakische Sozialistische Republik überfallen und daran gehindert, das Experiment des 'Demokratischen Sozialismus' zu verwirklichen. . .

Wie immer man aber auch die militärischen Maßnahmen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder einschätzt, es gibt keinen Grund für einen Revolutionär, der auf sozialistischen Positionen steht, mit den imperialistischen Wölfen zu heulen. Wer den Bruch mit der Partei Lenins, mit der KPdSU fordert, kann keine Ziele haben, die der Sache der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung und dem Weltsozialismus dienlich sind. "

EXTRA-DOKUMENTATION

EINE KOMMUNISTISCHE ANTWORT AN DREI GENOSSEN

EXTRA-Dienst veröffentlichte in Nummer 72/II in seiner Dokumentationsfolge von Äußerungen zur CSSR-Frage eine Stellungnahme der drei Münchener Kommunisten Jörg Högemann, Hans Koller und Franz X. Stützing, der sie den Titel "Lenin, Kronstadt und Prag" gaben. Zu diesem Beitrag erreicht uns eine "kommunistische Antwort" des Westberliners Fritz Teppich, die wir nachstehend veröffentlichen.

"Die Genossen Högemann, Koller und Stützing haben aus Anlaß der Intervention von fünf Mitgliedsregierungen des Warschauer Paktes gegen die CSSR in für diesen Fall nicht zutreffenden Annalen der Arbeiterbewegung geblättert. Das zeigt schon die Tatsache, daß sie ausschließlich, oder wie sie schreiben "durchweg" Lenin-Zitate aus dessen Arbeit "Über die Naturalsteuer" bringen. Warum nicht aus Lenins Arbeit "Zur Frage der Nationalitäten" oder "Die soziale Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen"? Weiter ist der Vergleich mit dem Kronstädter Aufstand völlig unzutreffend, da es sich dabei einmal um ein innernationales Ereignis handelte und zum anderen um einen Aufstand gegen die regierende kommunistische Partei. Dagegen ist die Intervention gegen die CSSR ein übernationaler Eingriff in die Souveränität eines - auch noch befreundeten - Staates, und außerdem handelt es sich um die Intervention gegen eine kommunistische Staats- und Parteiführung.

Hier dazu einige unwiderlegbare Tatsachen: 1. In der CSSR war zum Zeitpunkt der Intervention die KPC an der Macht. 2. In der offiziellen Mitteilung und Begründung der fünf

Mächte zum Einmarsch wird nicht auf einen Hilferuf der KPC Bezug genommen, sondern nur auf Hilferufe ungenannter Persönlichkeiten. 3. Die Interventen stützen sich also auf Einzelpersonen, die unter Bruch der Gesetze des demokratischen Zentralismus gegen die Autorität der Partei und ihrer gewählten Führung angehen. 4. Bis heute haben die intervenierenden Mächte nicht einen Namen der angeblichen Hilfesucher genannt. Es hat sich auch kein Mitglied der KPC gefunden, das bereit gewesen wäre, die Partei und Staatsführung der CSSR gegen die Genossen Svoboda, Dubcek und die anderen gewählten Partei- und Staatsführer zu übernehmen. 5. Nach dem Einmarsch wurden von den Interventionsarmeen keine Konterrevolutionäre festgesetzt und in das Ausland verbracht, vielmehr blieb dieses Schicksal den Genossen Dubcek, Smrkowsky und anderen vorbehalten. Sie wurden in einem entscheidenden Augenblick von ihren Posten entfernt und damit wurde die KPC an diesem Wendepunkt ihrer maßgebenden Köpfe beraubt.

Schlußfolgerung: Die Intervention stellte einen Angriff der Führer von fünf kommunistischen Parteien gegen eine kommunistische Partei dar.

Für solch ein Vorgehen - nicht einmal für Eingriffe in einen Nationalstaat - kann in irgendeiner Darlegung irgendeines Klassikers des Marxismus-Leninismus eine Rechtfertigung gefunden werden. Kein Wunder, daß die sonst so zitierfreudigen Führer und Presseorgane der fünf Interventionsstaaten kein Zitat von Marx, Engels oder Lenin zur moralischen Stützung ihrer Intervention vorbringen konnten.

Gegenüber seien nachfolgend einige Zitate angeführt, die das Unkommunistische und Schädliche der Intervention vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Theorie beweisen:

Engels 1888 (Über die Gewalttheorie, Dietz, DDR, 1952, Seite 15): "Um den internationalen Frieden zu sichern, müssen vorerst alle vermeidlichen nationalen Reibungen beseitigt, muß jedes Volk unabhängig und Herr im eigenen Hause sein."

Engels, 1892, Vorwort zur 2. polnischen Ausgabe des Kommunistischen Manifestes (Dietz, DDR, 1948, Seite XXXIII): "Ein aufrichtiges internationales Zusammenwirken der europäischen Nationen ist nur möglich, wenn jede dieser Nationen im eigenen Hause vollkommen autonom ist."

Lenin in "Die soziale Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" (über die nationale und die koloniale Frage, Seite 311): "Der siegreiche Sozialismus muß notwendigerweise die volle Demokratie verwirklichen, also nicht nur die vollständige Gleichberechtigung der Nationen realisieren, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen, das heißt, das Recht auf freie politische Lostrennung verwirklichen."

Lehrbuch-Grundlagen des Marxismus-Leninismus (Dietz, DDR 1960, Seite 516): Unter der Zwischenüberschrift "Das Souveränitätsprinzip ist den Volksmassen teuer" heißt es unter anderem: "Die Notwendigkeit, die Selbständigkeit des Staates in der Außen- und Innenpolitik zu wahren, ist heute von allgemein nationalen Interessen diktiert."

Im gleichen Werk (Seite 506) wird - allerdings unter Hinweis auf die Methoden des USA-Imperialismus - festgestellt, die Einrichtung ausländischer Militärstützpunkte in Friedenszeiten auf den Territorien anderer kapitalistischer Staaten stelle eine "eigentümliche Form der Annexion" dar. Dann wird geschlußfolgert: "Die Souveränitätsrechte dieser Staaten werden damit zunichte gemacht."

Weiter heißt es (Seite 702): "Nur die vollständige, konsequente Befreiung läßt sie (die Nationen) die alten Beleidigungen und Erniedrigungen vergessen und wandelt die nationalen Beziehungen grundlegend um. Deshalb messen die Kommunisten bei der Lösung aller Fragen der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Nationen dem Prinzip der Freiwilligkeit eine so große Bedeutung bei. Indem die Sozialistische Ordnung alle Formen nationaler Unterdrückung beseitigt und das Recht jedes Volkes auf sein eigenes Staatswesen, auf seine Nationalsprache, seine Kultur und seine nationalen Traditionen anerkennt, verwirklicht sie den wahren Internationalismus. Er ist mit jeglichen Großmachtendenzen unvereinbar."

Andererseits heißt es in dem Werk (Seite 361): "Eine ernste Gefahr für die Arbeiterbewegung ist auch die Verbreitung der bürgerlichen Ideen des Nationalismus und Chauvinismus unter dem Proletariat. Die Gefährlichkeit des Nationalismus liegt vor allem dar-

in, daß er die Arbeiter vom Kampf gegen den Klassenfeind ablenkt."

Gewiß, diese letztzitierte Gefahr war und ist in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe stets vorhanden. Sie war und ist - besonders auf Grund der Entstellungen des Sozialismus in der Ära Stalins und Novotnys - auch in der CSSR gegeben. Doch um ihr entgegen zu wirken, wäre eine Unterstützung der KPC und ihrer satzungsgemäß gewählten Organe erforderlich gewesen. Es hätte unter anderem schneller wirtschaftlicher Hilfe bedurft. Stattdessen wurde von der Führung der fünf Mächte zur Intervention geschritten. Dies nicht nur entgegen den Lehren des Marxismus-Leninismus, sondern zudem entgegen den Ratschlägen einer sehr großen Zahl von kommunistischen Parteien, in Europa nicht zuletzt der KP Italiens, Frankreichs, Britanniens, Österreichs, Schwedens, Hollands, aber auch der regierenden Parteien Rumäniens und Jugoslawiens. Nimmt man die KP Chinas hinzu, so waren kommunistische und Arbeiterparteien mit mehr als der Hälfte aller Mitglieder der marxistisch-leninistischen Weltbewegung gegen eine Intervention. Die Führer der fünf Mächte haben sich auch über diesen Tatbestand hinweggesetzt.

Daraus ist der kommunistischen Weltbewegung - Verlust an Ansehen und Wirkungsmöglichkeiten - schwerer Schaden erwachsen. Den imperialistischen Mächten und ihren aggressivsten Exponenten wurde ein Vorwand für verstärkte Aufrüstung und für schnelle Neu-Eskalation des Kalten Krieges gegeben, von dem sie durch den Kampf der Friedenskräfte in den letzten Jahren wenigstens partiell zurückgedrängt worden waren.

Es ist zutiefst deprimierend, muß jedoch ausgesprochen werden: die Intervention ist in ihrem Wesen und ihrer Auswirkung nach ein konterrevolutionärer Akt seitens der dafür verantwortlichen Personen und Gremien.

Nun ergibt sich die Frage, was für Gründe eine solche konterrevolutionäre Handlung herbeigeführt haben. Dazu muß man sich die Geschichte der KPdSU ins Gedächtnis rufen. Zu Lenins Zeiten war der demokratische Zentralismus Organisationsprinzip und Bewegungsgesetz der Partei. Am 12. Juni 1921 wurden auf der 24. Sitzung des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale Leitsätze "Über den demokratischen Zentralismus" angenommen (Almanach des Verlages der Kommunistischen Internationale 1921, Seite 24). Darin heißt es unter anderem: "Der demokratische Zentralismus in der kommunistischen Parteiorganisation soll eine wirkliche Synthese, Verschmelzung des Zentralismus und der proletarischen Demokratie sein. . . Eine formale oder mechanische Zentralisation wäre die Zentralisation der 'Macht' in den Händen einer Parteibürokratie zur Beherrschung der übrigen Mitglieder oder der außenstehenden Massen des revolutionären Proletariats."

Gerade zu einer solchen Macht-Zentralisation unter weitgehender Ausschaltung der proletarischen Demokratie, hat J. W. Stalin den demokratischen Zentralismus verfälscht. Diese Verfälschung ist in der KPdSU und anderen Parteien nach Stalins Tod nur gradue gemildert worden. Zum Beweis sei lediglich angeführt, daß selbst vor Parteiwahlen abweichende Meinungen über die Besetzung der Spitzenfunktionen in keinem Parteiorgan zur Sprache kommen. Sogar leise Kritik an den in Machtpositionen befindlichen Führern - nehmen wir in der DDR zum Beispiel Walter Ulbricht - ist in keiner parteiamtlichen Veröffentlichung zu finden. Dies, obwohl diese Führer keine übernatürlichen Wesen sind und so selbstverständlich Fehler machen, die kritikwürdig sind.

In der CSSR wollte die Kommunistische Partei unter anderem den demokratischen Zentralismus im Sinne Lenins wieder herstellen und sie hatte in dieser Hinsicht Schritte unternommen. Ein Erfolg dieser Politik der KPC hätte bewiesen, daß die Ideen Lenins von der Einheit proletarischer Diktatur und proletarischem Demokratismus - das heißt, Zentralisation bei strenger Machtkontrolle von unten - realisierbar ist. Ein solcher Erfolg würde weitgehende Auswirkungen auf andere sozialistische Länder haben und große Perspektiven eröffnen.

Das aber fürchten offensichtlich jene Männer in den Machtpositionen der fünf Interventionsmächte. Nur so erklärt sich auch, daß sie gegen das nationalistisch geführte und im Gegensatz zur CSSR aus dem Warschauer Pakt weitgehend ausgescheerte Rumänien nichts unternommen haben. Innenpolitisch wird die Volksrepublik Rumänien nämlich weiter im wesentlichen nach von Stalin begründeten Methoden regiert. Deswegen wurden in

der CSSR auch keine Konterrevolutionäre von den Interventen festgesetzt, sondern von der Partei satzungsgemäß gewählte Mitglieder des Präsidiums der KPC ins Ausland verbracht.

Das Absinken der Führer der fünf Mächte auf solche Positionen ist ein furchtbarer Schlag für die Arbeiterbewegung. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß Millionen Kommunisten in aller Welt wenn auch begrenzte Einwirkungsmöglichkeiten haben. Die Tatsache, daß A. Dubcek und andere zuvor aus der CSSR ins Ausland verbrachte und als Abweichler diffamierte Genossen dann doch zu den Moskauer Verhandlungen hinzugezogen werden mußten, beweist das. Die Moskauer Absprachen, über die allerdings wenig bekannt ist, können Ausgangspunkt für einen Neubeginn im Sinne des Marxismus-Leninismus sein. Es wird sich im Zuge der Verwirklichung dieser Vereinbarung zeigen, ob die Intervention ein vorübergehender Sturz der Führer der fünf Interventionsmächte auf konterrevolutionäre Positionen ist oder ob es sich um bleibende gegenrevolutionäre Positionen dieser Führer handelt. Merkmal dafür wird sein, ob die Interventionstruppen - wie versprochen ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten von KPC und CSSR - relativ schnell abgezogen werden oder ob die Truppenstationierung beibehalten wird."

EXTRA ÜBER UNS

IRRTUM. "James Bond und seine Kollegen bringen Papierkörbe dazu, aus der Schule zu plaudern. Was ist es Ihnen wert, Ihren schwatzhaften Papierkorb mundtot zu machen?" Das fragte uns Herr H.H. vom "Neuzeitlichen Bürobedarf" in Eckernförde schriftlich. Unsere Antwort: Jedenfalls keine 445 Mark. So viel nämlich kostet der "Intimus", der elektrische Papierkorb, der "all Ihre vertraulichen Notizen, Briefe, Kopien, Akten, Pläne usw. SOFORT vernichtet und Ihnen dafür in feinste Streifen geschnittene Papierwolle GRATIS liefert". Genau an zusätzlicher Leistung, genauer an der Papierwolle, liegt's, daß wir den "Intimus" nicht brauchen können. Wir wissen nämlich nicht wohin mit der Papierwolle. Deshalb werden "all unsere vertraulichen Notizen, Briefe, Kopien, Pläne usw" wie gehabt verarbeitet: Jeden Sonnabendmorgen werden sie gemeinschaftlich zerkaut und verschluckt.

IRREFÜHRUNG. Mit einer Meldung, die wir in Nummer 59/II brachten, hatten wir allhand Ärger. Es ging dabei um eine Broschüre, die in Sofia beim Weltjugendfestival von Mitgliedern des Bundesjugendrings verteilt und wegen heftiger Angriffe gegen das Pamphlet zurückgezogen werden mußte. EXTRA-Dienst wurde darüber informiert, daß diese Broschüre gar nicht so schlimm sei, denn sie sei von einem "Linken" gemacht, einem Herrn Schölmerich, der unter dem Namen Scholmer schrieb. Die in Sofia verteilte Broschüre war aber ziemlich schlimm und verglich beispielsweise die Hitlerjugend mit der FDJ und verteidigte eloquent die Bundesrepublik als Hort der Freiheit und des Friedens. Wir haben da andere Ansichten und schrieben das auch. Der in die Schußlinie geratene Joseph Schölmerich wurde dabei von uns irrtümlich zu einem ehemaligen Kriegsgefangenen in der UdSSR gemacht, der schon einmal einen antikommunistischen Bericht verfaßt hat - in Nummer 71/II berichtigten wir den Irrtum: Schölmerich saß nicht als Kriegsgefangener in Workuta, sondern als ehemaliger Kommunist. Die uns übermittelte Information - der "Informant" wurde inzwischen aus dem Kreis von Leuten, die uns Informationen geben, gestrichen - war aber insgesamt irreführend: Zwar schrieb Joseph Schölmerich unter dem Namen Scholmer einen Anti-Jugendfestival-Beitrag, der zuerst im "Parlament", einer Regierungszeitschrift, und dann in einer von der Bundeszentrale für politische Bildung verbreiteten Broschüre erschien; diese ebenfalls inhaltlich recht umstrittene Broschüre wurde aber in den Gruppen, die zum Festival fuhren, nur als Vorbereitung gelesen und nicht mit nach Sofia genommen. Nach Sofia mitgenommen und dann aus dem Verkehr gezogen wurde die Broschüre "Die junge Generation in der Bundesrepublik Deutschland", in der der HJ-FDJ-Vergleich und anderer Blödsinn stand. Verantwortlich für diese Broschüre ist ein Dr. Hermann Boverter, der aus der Katholischen Jugend kommt; übrigens der gleiche Dr. Boverter, der beim eben zu Ende gegangenen Kirchentag in Essen als Präsident einer Podiumsdiskussion keine Abstimmung über progressive Resolutionen zuließ, die Veranstaltung verließ und vom Publikum durch einen anderen Diskussionsleiter ersetzt wurde.

DAS NEUE BUCH VON PETER WEISS

Bericht über die Angriffe der US-Luftwaffe und -Marine gegen die Demokratische Republik Vietnam nach der Erklärung Präsident Johnsons über die "begrenzte Bombardierung" am 31. März 1968

"Aus dem hier wiedergegebenen Material ist ersichtlich, daß sich die Intensität der US-Angriffe seit dem 31. März 1968 verdoppelt hat. Die Dichte der Angriffe hat sich vervierfacht.

Diese Angriffe tragen einen Vernichtungscharakter. Sie sind, ihrem Ausmaß und ihren Absichten nach, als Genocide-Aktionen zu bezeichnen.

Sie richten sich gegen die in diesen Provinzen wohnhaften und arbeitenden Menschen. Sie richten sich gegen die Wohnungen, die sozialen und kulturellen Einrichtungen, sowie gegen die zum größten Teil landwirtschaftlichen Produktionsstätten und die Arbeitstiere der Bevölkerung." - Peter Weiss.

DER SPIEGEL: "Ein dubioser Bericht".

VOLTAIRE-FLUGSCHRIFT 23, DM 4.00 - Jetzt in allen Buchhandlungen.

Gesamtprospekt: EDITION VOLTAIRE, Frankfurt/M., Paul-Ehrlich-Str. 25
Telefon 0611/625 006

DUBCEK NACH BONN

Eine eigentlich immer noch aktuelle Plakette. Stückpreis DM 1.00. Gegen Voreinsendung zu erhalten bei EXTRA-Dienst GmbH, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27.

SUCHE IM RAUM SCHÖNEBERG-TEMPELHOF-NEUKÖLLN eine Einzimmer-Wohnung zum 1. November. Angebote unter Telefon 71 46 10 (immer ab 18 Uhr, Samstag und Sonntag ganztägig).

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: